

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schönau, Müll, Bernsdorf, Müllsdorf, St. Egidien, Schönau, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müll, St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Sängsdorf, Lina, Weidenau, Köhlschappel und Zieschlein

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Abgabe Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 285.

Hauptausgabeorgan im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang. Mittwoch, den 10. Dezember

Verlagsdruckerei
Zeitzig Nr. 86697.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährlich 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Strasse 25, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Infrat werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 30, für auswärtige 40 Pfg., für den Anschlag Nr. 1. — Besteller mit 40 Pfg. berechnet. — Reklameweile 20 Pfg. — Im amt. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. Tel.-Nr. 10661

Kurze wichtige Nachrichten.

Die Ueberschwemmung des Deutschen Reiches durch die aus Polen, Galizien und Russland hereinströmenden Flüsse ist zum Gegenstand einer Anfrage in der Nationalversammlung gemacht worden, da sie die Wohnungsnot vergrößert.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, haben die Kommunisten nach Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin mit der Wiedereinberufung von Massenversammlungen begonnen. Für diese Woche sind allein 50 Versammlungen für Groß-Berlin eingeberufen, in denen für die Beilegung der letzten Regierung agitiert werden soll.

Anlässlich der Lebensmittelnot kam es in Innsbruck zu schweren Unruhen, selbst das Vorkommen italienischer Militärs konnte ihnen keinen Einhalt tun.

Die seit 1914 erste direkte Tabakzufuhr aus den überseeischen Produktionsländern ist in Hamburg eingetroffen.

Am 10. wird mitgeteilt, daß die italienischen Truppen im Hinterland von Anagnino in Sizilien eingezogen sind. Die Truppen Anagnino verbrüderten sich mit den Regierungstruppen. Von den Stationen wurde die Kunde mit Begeisterung aufgenommen.

In der „Volkskammer“ in Wien fand am Sonntag vormittag eine vom Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich einberufene Versammlung statt, die massenhaft besucht war und den Dank der deutschen Bevölkerung Wiens für die treue Hilfsbereitschaft Deutschlands zum Ausdruck brachte.

Vom Reichsministerium wurde eine Steuerkommission zur Untersuchung der Besteuerungen gebildet.

Der Reichskanzler über die innere und äußere Lage.

„Nicht diskutieren, sondern arbeiten.“
Das neue Recht der Entente.

Berlin, 8. Dezember.

Bei dem Empfangabend des Vereins Berliner Presse im Berliner Rathaus hat der Reichskanzler eine hochbedeutende politische Rede gehalten. Er trat in warmen Worten für das Berlin der Arbeit ein. Mit kurzen Sätzen zeichnete er die Gründe, aus denen die Zustimmung gegen Berlin ihre Kräfte verloren hat, vor allem die Tatsache, daß die Reichsregierung wahrhaftig im Krieges und auch heute noch der Ausnahmestellung als der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen sein muß, die so tief und unangenehm in das Leben jedes einzelnen eingeschritten haben. Der Reichskanzler lehnte es ab, diesen Zwang heute, wo der wirtschaftliche Schwachstand noch nicht entlehren könne, völlig abzuhängen. Auch anderen gewaltigen Mitteln zur Erleichterung der Verhältnisse, insbesondere der von der Landwirtschaft geforderte Erhöhung der Preise auf den Weltmarktpreis, konnte er nicht zustimmen und schloß mit eindringlicher Weise die Folgen von solchen Maßnahmen, die schließlich zur vollständigen Selbstentwertung und damit zum Bankrott führen müßten. Das Heil des Volkes und dann auch der Landwirtschaft, der jede Förderung zuzusetzt, liegt in der Stärkung der Arbeitskraft und des Arbeitswillens der Industriearbeiter, denn für alle gelte der Wahlspruch: Nicht diskutieren, sondern produzieren.

Ueberehend zu der Frage der äußeren Politik beschäftigte sich der Kanzler eingehend mit den letzten Entscheidungen in den nächsten Tagen und Wochen. Er führte aus:

Es ist vornehmlich die Behauptung aufgetaucht, die Verhandlungen über das Schutzprotokoll und vor allem über die im Friedensvertrag nicht enthaltenen Forderungen seien von uns verzögert oder gar unterbrochen worden. Lassen Sie mich an die Tatsachen erinnern: aus ihnen wird die Unrichtigkeit dieser Behauptungen hervorgehen. Am 24. 11. ist der eine der zwei zu diesen Verhandlungen Bevollmächtigten, Herr von Simon, nach Berlin zurückgekehrt, um neue Instruktionen einzukufen. Das Verhalten der Entente auf ihrer Strafandrohung machte diese Rückreise und eine neue Stellungnahme der Reichsregierung notwendig. Am 25. bereits erging eine neue Instruktion an den in Paris gebliebenen bevollmächtigten Unterhändler, Herr von Versener, der daraufhin sofort die Verhandlungen fortsetzte. Am selben Tage kam die französische Note, in welcher der Entente Rat sich mit der Abreise des Herrn von Simon beschäftigte und Auskunst über die Absichten der deutschen Regierung verlangte. Am 28. empfing Herr von Versener darüber die sprachlichen Instruktionen, die er am Montag, den 1. Dezember in ausführlicher Unterhaltung Herrn Dutasta vorlegte. Darin war ein Schiedsgerichtsbescheid an erster Stelle enthalten, und Herr Dutasta versprach, uns möglichst bald die Antwort zukommen zu lassen, damit wir Unterhändler und Sachverständige zu den dann notwendig werdenden weiteren Verhandlungen entlassen können. Die Antwort steht heute noch aus, was natürlich keine Verzögerung von unserer Seite genannt werden kann.

Wie sehr uns an der schonigen Ratifikation und einer Errichtung des Protokolls gelegen ist, das mögen einige Stellen aus der Instruktion beweisen, die am 28. 11. nach Paris gegangen ist. Darin heißt es:

Die in der Instruktion ausgesprochenen Zweifel an der nützlichen Wirkung des Protokolls, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und die des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung vermahnt sich gegen die Vorwürfe, für die Verletzung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert. Seitdem warten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkäme.

Die deutschen Vertreter in Paris waren seit langem mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Berechnung erfüllt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrage stehen. Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor eine schonige Verkündung des Friedenszustandes durch Inkrafttreten des Versailleser Vertrags.

Der Reichskanzler schloß mit einem starken Appell auf dieser Grundlage, auf der auch die übergroße Mehrheit von Volk und Volksvertretung stehen einzig zu sein.

Jährlich 4 Milliarden für die Opfer des Krieges.

2 Millionen Gefallene, 2 1/2 Millionen Hinterbliebene.

Berlin, 5. Dezember.

Aus Anlaß der Uebernahme des Militärerziehungswesens und Sanitätswesens auf das Reichsarbeitsministerium und dessen Arbeitsvereinbarung mit der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in der Kaiser-Wilhelm-Akademie fand ein Festakt statt, an welchem u. a. Reichspräsident Ebert, Reichsminister Kossel und Oberbürgermeister Herrmann teilnahmen. Die Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers Schlichte schloß mit der Bitte an die Anwesenden, in allen Kreisen das Verständnis für die Bedeutung dieser Fürsorge für das ganze Volk zu wecken. In längerer Rede gab Ministerialdirektor Dr. Schwemer vom Reichsarbeitsministerium einen Überblick über die ungeschaffene Organisation. Er stellte u. a. fest: Rund 2 Millionen Männer sind gefallen. Die Zahl der Hinterbliebenen wird auf 2 1/2 Millionen geschätzt. Die Zahl der mit Hilfe zur Entlastung kommenden Kriegsbeschädigten wird voraussichtlich gegen 1 1/2 Millionen betragen. Der Gesamtumfang, welcher notwendig sein wird um halbwegs befriedigende Verhältnisse in der Versorgung der Kriegsoption zu schaffen, wird auf 4 Milliarden über 4 Milliarden Mark veranschlagt.

Aum Schluß ergriß Reichspräsident Ebert das Wort und sagte u. a.: Die Fürsorge für die Opfer des Krieges betrachtet die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht. Trotz der schweren finanziellen Sorgen und der fast erdrückenden Lasten, welche uns aufgebürdet worden sind, darf das Vaterland kein Kämpfer und seine Toten nicht vergessen. Die Fürsorge ist aber nicht die Aufgabe allein der Regierung. Das große soziale Dilemma ist eine Aufgabe, bei der sich alle Schichten des Volkes ohne Rücksicht auf Parteianschauungen und politische Strömungen zusammenschließen sollen, ein Gebiet, wo sich der einmütige Wille des Volkes zeigt und bewirkt kann.

Deutsches Reich

Berlin. (Die Änderung des Bankgesetzes.) Der Reichsrat nahm heute nach den Ausschlußbeschlüssen die Vorlage betreffend Änderungen des Bankgesetzes vom 11. März 1875 an. Danach entscheidet die von der Regierung vorgeschlagene neue Regelung für den Fortbestand der Reichsbank und der daneben noch bestehenden Notenbanken. Eine Aufhebung der 1914 beschlossenen Notenfreierheit darf nur unter Mitwirkung des Reichsrates geschehen. Mit Rücksicht auf die Abtretung deutscher Gebiete, namentlich auch Danzigs und Memels, wurde die Gründung von Zweignotenbanken außerhalb Deutschlands erlaubt. Die Privatnotenbanken sollen sich kerna verpflichtet, Wertpapiere nicht mehr unter einem Prozentsatz zu lombardieren, zu welchem sie Wechsel diskontieren. Weiter beschloß der Ausschuss, daß es zu einer Kündigung der Privatbanken ohne gleichzeitige Kündigung der Reichsbank nur dann kommen kann, wenn die Bestimmungen des Bankgesetzes von Grund auf geändert werden, und die Anteilhaber der Notenbanken sich weigern sollten, die neuen Bestimmungen anzunehmen, während die Reichsbankanteilehaber sie annehmen.

(Die Regierung schloß Ostpreußen vor dem Volksentscheid.) Auf der am 4. Dezember in einer großen Versammlung der Börse gehaltenen Entscheidung, in der unter Hinweis auf die drohenden Gefahren des Volksentseides, die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung werde ihre Pflicht tun und Ostpreußen schenken, ging von der Reichsregierung nachfolgendes Telegramm ein: Die Regierung und

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919.